

LAG

1/92

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



GEGEN NEUE SÜNDENBÖCKE

Liebe Leserinnen und Leser,

Wie ich weiß, wartet Ihr schon sehnsüchtig auf die neue LAG-Zeitung. Viele von Euch haben uns gefragt, wann es denn nun endlich soweit sei. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Euch entschuldigen, daß es so lange gedauert hat.

Wie Ihr ja wißt, ist bei uns zur Zeit die Geschäftsführerstelle nicht besetzt und Lothar nimmt diese Aufgabe neben seinem Sozialhilfereferat kommissarisch war. Damit bleibt ihm keine Zeit mehr für die Zeitungsproduktion. Ich selbst bin seit Manfreds Weggang für den Gemeinwesenarbeitsbereich zusätzlich verantwortlich, sodaß auch bei mir die Zeit knapper wird als sonst. Und außerdem feiern wir dieses Jahr 15 Jahre Frauenarbeit in der LAG, auch da gibt es mehr als sonst zu tun.

Ich bin deshalb sehr froh, daß es nun doch gelungen ist, eine neue Ausgabe unserer LAG-Zeitung herauszubringen. Insgesamt wird es dieses Jahr wohl nicht die gewohnten vier Nummern geben. Aber ich hoffe, wenn wir in der Geschäftsstelle wieder vollzählig sind und Ihr uns weiter so gut wie bisher mit Beiträgen aus der Arbeit vor Ort unterstützt, werden wir in Zukunft wieder regelmäßiger über Neues aus der Brennpunkt-Szene berichten können.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch

Tina

Inhalt

Mitgliederversammlung in Marburg.....	3
Neues aus der Geschäftsstelle.....	5
Straßenblockade in der Preßberger Straße.....	7
Frauenurlaub - das Schönste, was es gibt.....	8
Gewalt gegen Frauen - Mord an der Seele.....	10
Schwerpunkt: Gegen neue Sündenböcke.....	14
Wie weiter in der Kinderbetreuung.....	21
Bundesweite Tagungen der Sozialhilfeinitiativen.....	24
Besuche hüben und drüben.....	26
Letzte Meldungen aus der Frauenarbeit.....	29
Dies und Das.....	30
Termine.....	32

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Moselstraße 25, 6000 Frankfurt/Main,
Telefon 069/25 00 38, Telefax 069/23 55 84

Titelbild: Gemeinwesenprojekt Matzenberg/ Bürgerselbsthilfe Matzenberg
e.V.: Kalender 92

Redaktion: Christina Hey
Monika Lorenz, Sabine Kalinock (Schreibarbeiten und Layout)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG IN MARBURG

Der Saal der Bürgerinitiative für Soziale Fragen in Marburg war gut gefüllt, als sich am 2. November vergangenen Jahres Vertreterinnen und Vertreter der Brennpunkt-Projekte und Bewohnerräte zur 2. Mitgliederversammlung 1991 trafen. Für das leibliche Wohl war durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gastgebenden Projekts in bewährter Weise gesorgt, sodaß die zahlreichen Tagesordnungspunkte in angenehmer Atmosphäre bearbeitet werden konnten.

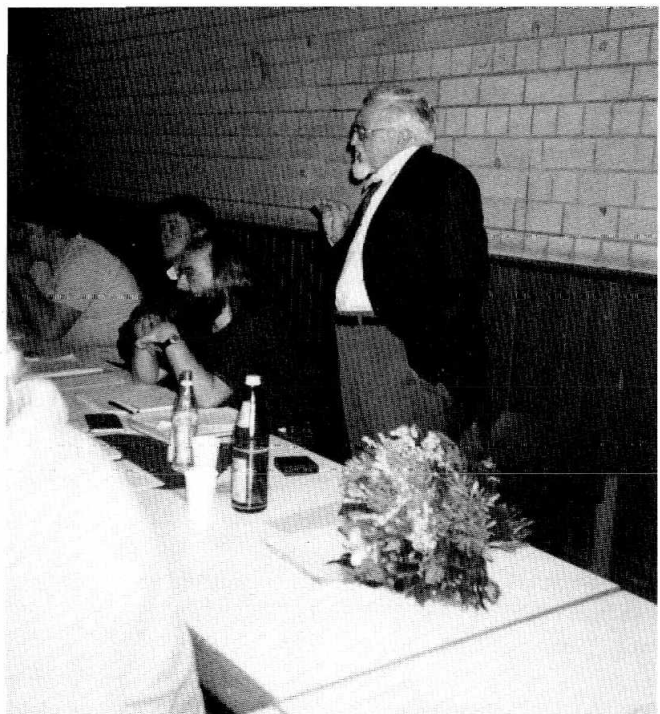
Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Hartmut Fritz und den üblichen notwendigen "Regularien" hatte die Mitgliederversammlung zunächst über die Aufnahme von Mitgliedern zu beraten, wonach der langjährige Geschäftsführer der LAG Manfred Schaub nun in Zukunft auf Beschluß der MV als neues Mitglied die Arbeit der LAG begleiten wird.

Die Anträge aus den Projekten beschäftigten sich mit dem Thema "Ausländerfeindlichkeit". Gerade auch die Projekte, die in Siedlungen mit vorwiegend ausländischer Bewohnerschaft arbeiten, wiesen auf die Auswirkungen der Angriffe auf Asylanten auf die BewohnerInnen und Bewohner ihrer Siedlung hin. Als Ursache der wachsenden Gewalt wurden die sozialpolitischen Versäumnisse benannt, die gerade auch bei Jugendlichen zu wachsender Perspektivlosigkeit führen. Deren Sorgen sind ernst zu nehmen, auch wenn sie in der Suche nach Schuldigen auf diejenigen verfallen, die ebenso wie sie unter diesen Versäumnissen zu leiden haben. Die Mitgliederversammlung forderte die Mitgliedsprojekte auf, sich an den örtlichen Aktivitäten gegen Ausländerfeindlichkeit zu beteiligen und schickte eine Grußadresse an die Veranstalter der bundesweiten Kundgebung in Berlin. (Zum Thema Ausländerfeindlichkeit siehe auch den Bericht "Gegen neue Sündenböcke" in dieser Ausgabe.)

Hartmut Fritz berichtete unter dem Tagesordnungspunkt "Landespolitische Entwicklung/Situation in den Siedlungen und Projekten" über die laufenden Haushaltsverhandlungen und dabei sowohl über die erfolgreichen Forderungen der LAG (Arbeit und Sanierung) als auch über die noch notwendigen Anstrengungen, die Situation für die Brennpunkt-Projekte selbst zu verbessern (was, wie wir heute wissen, ja auch ein Stück weit gelungen ist).

Eine lebhafte Diskussion entspann sich um die Frage der Mitgliedsstruktur der LAG anhand des Interesses zweier Arbeitsprojekte, Mitglied der LAG zu werden.

-Wer ist die LAG? Was ist



Rudi Andrä bei seiner Abschiedsrede
(Foto: Jürgen Maier)

ihr Selbstverständnis? Wen soll sie vertreten? - Diese Fragen sind damit berührt und sollen weiter diskutiert werden.

Nach der Vorstellung der Jahresplanung 1992 der LAG berichtete Hartmut Fritz über die Aktivitäten der BAG Soziale Brennpunkte, die neben der BAG der Sozialhilfeinitiativen, den großen Wohlfahrtsverbänden und weiteren Betroffenen-Organisationen Mitglied der im September 1991 gegründeten Nationalen Armutskonferenz ist. Aufgabe der Nationalen Armutskonferenz ist neben der Entsendung der Delegierten für die Europäische Armutslobby die fachpolitische Auseinandersetzung mit dem Problem "Armut". Stellvertretender Sprecher der Nationalen Armutskonferenz ist Lothar Stock für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen.



(Foto: Jürgen Maier)

Letzter zentraler Punkt der Mitgliederversammlung war die Neuwahl des Vorstands. Rudi Andrä, langjähriges Vorstandsmitglied der LAG, kandidierte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr und wurde von der Mitgliederversammlung feierlich verabschiedet. Zu seiner Ehrung verlieh die LAG erstmals die Medaille "Gegen Armut - Für unsere Rechte" für sein langjähriges Engagement in der Brennpunktarbeit, dazu gab es einen großen Blumenstrauß und von den Kollegen vom Rockmobil ein Schokoladenherz für die herzliche Unterstützung der Jugendarbeit der LAG.

Die übrigen Vorstandsmitglieder stellten sich erneut zur Wahl und konnten die Stimmen der Delegierten für sich gewinnen, ebenso als neues Vorstandsmitglied Monika Grötzinger, zu dieser Zeit Mitarbeiterin der Projektgruppe Margarethenhütte und heute Beschäftigte der Bürgerinitiative für Soziale Fragen. Damit gehören dem Vorstand der LAG an: Hartmut Fritz (1. Vorsitzender), Heide Koradin (2. Vorsitzende), Klaus Müller (Kassenwart), alle drei gehören dem geschäftsführenden Vorstand an, sowie Bernhard Horch, Lorenz Ried, Gisela Zwigart und Monika Grötzinger als BeisitzerInnen. Als KassenprüferInnen wurden gewählt: Gustav Förster, Eugenia Thomas und Ilona Ulrich aus Wiesbaden.



Neues Vorstandsmitglied der LAG:
Monika Grötzinger

Christina Hey

NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE

Personalnachrichten:

Im zweiten Halbjahr 1991 haben zwei neue Kolleginnen bei der LAG ihre Arbeit aufgenommen. Zum 1. November 1992 ist es uns endlich gelungen, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme "Mädchenbildungsreferentin" zu besetzen. Die neue Kollegin, Barbara Jöst, betreut das Kooperationsprojekt mit Arbeit und Leben zum Thema Mädchenbildung und organisiert damit die Mädchenspezifischen Angebote der LAG. Sie hat Erfahrungen in der Kinderarbeit und ist selbst Mutter einer sechsjährigen Tochter. Nachdem die Anfangsphase ihrer Tätigkeit sehr von der laufenden Projektabwicklung bestimmt war, blieb mittlerweile Zeit für die Kontaktaufnahme mit den Kolleginnen vor Ort und für inhaltliche Arbeit. So wird sie am 23. Mai diesen Jahres das 1. LAG-Mädchenfest veranstalten, zu dem die Mädchengruppen aus den aus den hessischen Brennpunkten nach Gießen eingeladen sind.



Mädchenbildungs-
referentin
Barbara Jöst

Die zweite neue Kollegin arbeitet auch seit dem 1. November 1991 auf ABM-Basis im Jugendbereich und zwar im Rockmobil Kassel. Elke Falk ist dort für die Förderung der Kasseler Musikszene zuständig, d.h. für die Organisation von Übungsräumen und für die Vernetzung der Bands, insbesondere auch für die Zusammenarbeit des Rockmobils mit der "Szene". Sie macht auch selber Musik (Baß) und ist mit den Kasseler Gegebenheiten in diesem Bereich bestens vertraut. Vielleicht habt Ihr sie ja schon bei einem Hessenschaubericht über das Rockmobil Kassel gesehen.



Rockmobil Kassel:
Elke Falk

Eine traurige Nachricht gibt es aus dem Rockmobil Frankfurt: Uwe Becker, der seit zwei Jahren Rockmobil-Bands im Frankfurter Raum betreut, scheidet zum 30. April aus der LAG aus. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme konnte nicht verlängert werden, da für eine dauerhafte Beschäftigung kein Financier gefunden werden konnte.

Im Bereich Existenzsicherungsberatung steht eine Ausweitung bevor. Die ersten Bewerbungen sind eingegangen und wir werden sicher in der nächsten Zeitung neue KollegInnen vorstellen können.

Und die Geschäftsführung? Noch ist nichts entschieden, aber sicher gibt es in der nächsten Ausgabe zu berichten. Und bis dahin zeigen wir an dieser Stelle erst noch mal ein paar Fotos von der Verabschiedung von Manfred Schaub im Mühlthal.

Bitte umblättern!

Christina Hey



Verabschiedung von Manfred Schaub

(Fotos: G.Förster)



STRASSENBLOCKADE IN DER PRESSBERGER STRASSE

Eine Stunde lang versperrten am 19. September letzten Jahres rund 50 Erwachsene und Kinder die Durchfahrt in der Presberger Straße in Wiesbaden. Die AnwohnerInnen der Presberger- und Schlangenbader Straße waren verärgert, daß seit Sperrung der Eberbacher Straße der Zulieferverkehr für die in der Fischbacher Straße ansässigen Firmen durch das Wohngebiet fährt. Sie sahen ihre und vor allem die Sicherheit ihrer Kinder akut gefährdet.

Bereits im Sommer 1990 wurde den BewohnerInnen durch den Ortsbeirat und das Tiefbauamt mehrfach versichert, daß keine Mehrbelastung auftreten würde, da eine anderweitige Verkehrsführung eingeleitet werden sollte. Dies ist jedoch nicht geschehen. Vor der Blockade hatte die Bewohnerversammlung im Sozialzentrum Presberger Straße bereits ihre Forderungen mit Unterschriftenlisten dem Verkehrsdezernenten Berlitz zukommen lassen. Aber weder auf den Brief noch auf die Blockade gab es eine Reaktion.



(Foto: Veronika Steiner)

Erst als die MitarbeiterInnen des Sozialzentrums das Problem noch einmal in einem Schreiben an den zuständigen Dezernenten deutlich machten, kam eine Antwort: Verkehrsdezernent Berlitz teilte im Oktober mit, daß eine neue Verkehrsregelung in Angriff genommen wird. Durch die Öffnung der Straße Am Rad solle eine Erleichterung eintreten. Probleme gäbe es nur noch mit den dortigen Anwohnern und einem Baugerüst, daß das Durchkommen der LKW's im Moment noch verhindere. Das war vor sechs Monaten.

Seither quälen sich immer noch täglich LKW's durch die engen Straßen, auch immer noch gegen die Einbahnstraßenregelung.

Veronika Steiner
Marek Körner

FRAUENURLAUB - DAS SCHÖNSTE, WAS ES GIBT

Als kleinen Vorgeschmack auf den kommenden Sommer und vielleicht auch als Anregung für andere Gruppen berichtet Marlies Engel im folgenden über den letztjährigen Sommerurlaub der Frauengruppe aus der Frauensteiner Straße in Wiesbaden:

Zehn Frauen freuen und arbeiten gemeinschaftlich das ganze Jahr auf ihren Urlaub hin. Um das nötige Reisegeld plus Taschengeld zu beschaffen, bedarf es einer Reihe von Aktivitäten. Dabei muß jede Frau ihre Frau stehen. Innerhalb unserer Siedlung bereiten wir vier große Feste und Flohmärkte vor. Aber das große Geld verdienen wir außerhalb, bei großen Veranstaltungen der Stadt Wiesbaden. Dafür muß jede Frau wochenlang backen und kochen und bei jedem Wetter drei Tage pro Fest an den Verkaufsständen helfen. Aufbau, Verkauf, Abbau, alles wird von uns Frauen selbst bewältigt. Diese Tage bedeuten ungeheuren Streß, da ja auch die eigene Familie noch bekocht und umsorgt werden muß. Aber es macht auch sehr viel Spaß und alles gelingt nur, weil jede Frau sich auf die andere verlassen kann. Auch einen monatlichen Beitrag in Höhe von 10.-DM erheben wir, um unsere Gruppenkasse etwas zu entlasten, wenn Geburtstage oder Weihnachten vor der Tür steht.



(Foto: Frauensteiner Straße)

Doch dann nach langer Wartezeit ist es endlich soweit. Aufgedreht und aufgeregt fahren acht Frauen von der Siedlung aus zum Flughafen, um dort noch zwei andere Frauen zu treffen. Um 6 Uhr morgens startete unser Flugzeug, um um 8.45 Uhr in Heraklion auf Kreta zu landen. Der Flug war lustig, zum Frühstück gab es Piccolo und wir alle hatten rote Backen. Es folgte der einstündige Transfer nach Agios Nicolaos.

Dann waren wir da. Unser Hotel lag direkt am Meer und der weiße Strand sah so schön aus, wie wir es uns erträumt hatten. Nachdem wir unsere Doppelzimmer belegt und uns nach den Gepflogenheiten des Hauses erkundigt hatten - Frühstück 8-10 Uhr, Abendessen 18-22 Uhr - gingen wir direkt schwimmen. Und so begannen 14 traumhafte Tage. Täglich wechselte unser Programm, das wir nach unserem Wohlgefallen gestalteten.

Ein Tag ist uns besonders in Erinnerung geblieben: Am 4. Tag stand eine Schiffstagestour mit Eselsritt auf dem Programm und alle standen begeistert am Kai, um das Schiff zu besteigen. Die See war ganz blau, die Sonne heiß, der Wind fächelte uns laue Luft zu, und da fingen wir alle an zu singen. Unser Gesang steckte alle Leute an, und so sang das ganze Schiff sämtliche Matrosenlieder, die man kennt. Nach einem guten Seefrühstück und einem Cocktail ankerten wir an einem wunderschönen kleinen Hafen. Wir wurden alle auf Paddelboote übergesetzt. Dann konnten wir die Esel besteigen oder mit dem Sessellift in schwindelerregende Höhen in ein kleines weißes Bergdorf namens Santorini entschweben. Wir entschieden uns für die Esel - und so fing Ilonas Tragödie an. Wohlgemut bestieg sie so ein Vieh, auf dem sie gerade Platz fand, als dieses sich ruckartig in Bewegung setzte und Ilona hin und her, vor und zurückgeschleudert wurde. Sie schrie entsetzt nach Geli, die sich vor Lachen kaum halten konnte, und bot ihr ihr ganzes Hab und Gut an, wenn diese ihr helfen würde, lebend von diesem Maulesel abzustiegen. Aber dazu kam es vorerst nicht. Als hätte dieses Vieh Ilonas Begehren verstanden, galoppierte es los und lief an den schlimmsten Abgründen entlang, so daß diese glaubte, ihre letzte Stunde habe geschlagen. Als sie leichenblaß endlich diesem Ungetüm entronnen war und wir uns in einer zauberhaften Märchenwelt aus Tausendundeiner Nacht befanden,



(Foto: Frauensteinerstraße)

dachten wir noch nicht an die Rückreise. Vollkommen berauscht von dieser weißen, unwirklichen Bergwelt genossen wir ein gutes griechisches Mittagessen und griechischen Wein. Doch dann mußten wir wohl oder übel den Rückweg antreten. Als Ilona ihren Maulesel sah, wurde sie kreidebleich und rief total entsetzt, sie würde sich nicht noch einmal oder nur als Leiche auf dieses Mistvieh setzen. Also was tun? Wir berieten uns kurz und traten den Weg durch die Hinterlassenschaften der Esel zu Fuß an. Schweißgebadet, nach Mist stinkend und mit zitternden Knien trabten wir die Serpentinaen herunter. Nach zwei Stunden erreichten wir endlich das Meer und stürzten uns kopfüber hinein.

So hatten wir noch viele tolle Erlebnisse, über die wir noch heute lachen. Unsere Urlaubsbilder betrachten wir noch oft in der Frauengruppe und schon arbeiten wir auch wieder gemeinsam, backen, kochen und haben Streß, denn nächstes Jahr soll's wieder losgehen zum Frauenurlaub.

Marlies Engel

GEWALT GEGEN FRAUEN - MORD AN DER SEELE!

Gewalt gegen Frauen ist kein spezielles "Brennpunkt"-Thema. Gewalt gegen Frauen passiert in allen gesellschaftlichen Schichten, damit aber auch in unseren Siedlungen. Wo sie Frauen trifft, beeinträchtigt sie ihre Lebenssituation, von einem Gefühl des Unwohlseins bis hin zu existentieller Bedrohung. Ein Grund, diesem Problem auch in den Siedlungen nachzugehen.

Anfang März letzten Jahres nahmen zwei Frauengruppen des Deutschen Kinderschutzbundes aus Langen an der Tagung "Frauen hüben - Frauen drüben/ Deutsche Einheit auf den Schultern der Frauen?" teil. Auf der Tagung befaßten sich Teilnehmerinnen aus ganz Hessen gemeinsam mit Frauen aus der ehemaligen DDR mit unterschiedlichen Diskussionschwerpunkten zur Lebenssituation von Frauen (u.a. Wohnen, Kinderbetreuung, Soziale Sicherung, Gewalt gegen Frauen). Bei Tagungsschluß vereinbarten wir, daß jede der Frauengruppen einen Arbeitsschwerpunkt mit nach Hause nimmt, um dazu die Lage vor Ort gründlich zu erforschen. Die Langener Frauengruppen beschlossen, sich mit dem Problem "Gewalt gegen Frauen" auseinanderzusetzen, da es uns von der Thematik her am meisten interessierte und persönlich berührte. Umfangreiches Informationsmaterial erhielten wir dazu von der städtischen Frauenbeauftragten Anne Gebhardt, wir sammelten Zeitungsausschnitte und -artikel und führten ein ausführliches Gespräch mit der Offenbacher Kriminalpolizei (die Langener Polizei wollte zu diesem brisanten Thema nicht Stellung nehmen und verwies uns an das dortige Sittenkommissariat). Außerdem besuchten uns zwei Mitarbeiterinnen des Frauenhauses Langen und berichteten über die Gewalterfahrungen der dort lebenden Frauen und über ihren Arbeitsalltag.

Nach genauer Durchsicht des Informationsmaterials beschlossen wir, uns mit der körperlichen Gewalt gegen Frauen zu beschäftigen. Ausgesprochen schwierig erschien uns

das Erfassen seelischer Gewalt. Während sich körperliche Gewalt als direkte Aggression gegen eine Person äußert (z.B. Vergewaltigung, Schlagen), äußert sich seelische Gewalt in indirekter Weise (z.B. durch Verhaltensweisen wie Nichthören, absichtliches Mißverstehen, Vergessen wichtiger Angelegenheiten e.t.c.). Gerade diese indirekten Formen der Gewalt sind innerhalb familiärer Beziehungen oder Partnerschaften sehr häufig anzutreffen.

Allein unser Informationsmaterial bezüglich körperlicher Gewalt sprach schon Bände:

- Jährlich werden bis zu vier Millionen Frauen von ihren Ehemännern mißhandelt (BMJFFG 1989).
- 25.000 Frauen mit mindestens ebenso vielen Kindern fanden 1990 Zuflucht in einem der bundesdeutschen Frauenhäuser. Der Bedarf ist - wie obige Zahl zeigt - viel höher.
- Alle vier bis sieben Minuten wird in der Bundesrepublik eine Frau vergewaltigt, nicht eingerechnet die sexuellen Belästigungen am Arbeitsplatz und an Ausbildungsstätten.
- In jedem Jahr werden über 300.000 Mädchen sexuell mißbraucht. Jede 3.-4. Frau ist von sexuellem Mißbrauch betroffen!

Dies alles sind schwerwiegende Angriffe auf die Menschenwürde der Frau. Viele wissen es, dennoch wird die Gewaltproblematik gegen

Frauen nach wie vor gesellschaftlich stark tabuisiert bzw. gänzlich totgeschwiegen. Dies bestätigten uns auch die Sozialpädagoginnen des Langener Frauenhauses, von denen wir erfuhren, daß diese Einrichtung - die 1985 gegründet wurde - die einzige im Kreis Offenbach ist. Das Haus bietet Platz für sieben bzw. höchstens acht mißhandelte Frauen und ihre Kinder. Von der Größe her entspricht es einem nicht sehr geräumigen Einfamilienhaus und ist seit seinem Bestehen ständig voll belegt. Immer mehr Frauen müssen abgewiesen werden, da es sich aufgrund der verheerend schlechten Wohnungsmarktsituation längst zu ei-

sicht bezahlen können. Unzureichende Lebensbedingungen wie sehr beengte Wohnraumverhältnisse, Schulden, Versagensgefühle, familiäre Isolation können auch zu massiven Familienkonflikten führen, die in Gewalttätigkeiten gegen Frauen und Kinder eskalieren können, in der Regel dann, wenn auch eigene gravierende Gewalterfahrungen vorliegen.

Dennoch ist Gewalt gegen Frauen in keinster Weise ein schichtenspezifisches Problem, das berichteten uns auch die KriminalbeamtInnen des Offenbacher Sittenkommissariats in unserem Informationsgespräch. Nach deren Erfahrungen



Jede 3. bis 4. Frau ist betroffen!

nem Dauerwohnheim entwickelt hat. Dies betrifft insgesamt die Lage der bundesdeutschen Frauenhäuser. Etwa die Hälfte der Frauen kehren mit ihren Kindern oft resigniert in die alten häuslichen Verhältnisse zurück, da die Kommunen keine Sozialwohnungen zur Verfügung stellen bzw. unzumutbar lange Wartezeiten (mindestens zwei bis drei Jahren) bestehen.

Überwiegend sind es Frauen mit geringen finanziellen Mitteln, die in die Frauenhäuser flüchten. Besser gestellte Frauen finden häufig andere Möglichkeiten, drohender Gewalt zu entkommen: Freundinnen mit genügend Platz zum Unterkommen oder Hotels, die sie aufgrund ihrer besseren Ausgangssituation in beruflicher und finanzieller Hin-

gehen Mißhandlungen, Vergewaltigungen und sexueller Mißbrauch quer durch alle Bevölkerungskreise. In der Regel werden diese Gewaltdelikte in der Mittel- und Oberschicht nur wesentlich geschickter unter einem Mantel des Schweigens verborgen.

Des weiteren erfuhren wir in dem Gespräch, daß für die Meldung sexueller Gewaltdelikte die Polizei erste offizielle Anlaufstelle ist. Unterschieden wird dabei zwischen Vergewaltigung und sexueller Nötigung. Beide Strafdelikte sind immer ein Verstoß gegen die sexuelle Selbstbestimmung, "Mord an der Seele der Frau", wie es ein Kripobeamter im Gespräch treffend formulierte. Die ärztliche Untersuchung von Gewaltopfern wird in der

Regel von der Polizeidienststelle aus eingeleitet; für die psychosoziale Nachbetreuung besteht eine gute Zusammenarbeit mit Beratungsstellen wie "pro familia" oder dem "Notruf für vergewaltigte Mädchen und Frauen" (letzteres bezieht sich ausschließlich auf die Offenbacher Kripo).

Kommt eine Frau zur Polizei und sagt, sie sei vergewaltigt worden, dann stimmt das in der Regel zu 99%. Jedoch ist nach wie vor die Anzeigebereitschaft von Frauen bei sexuellen Strafdelikten nicht sehr groß und die Dunkelziffer mehr als doppelt so hoch. Aus Scham oder Angst vor der Rache des Täters, aus mangelnden Vertrauen in Strafverfolgungsbehörden oder weil sie die Vergewaltigung als persönliches Mißgeschick ansehen schweigen die Frauen. Sie schrecken auch davor zurück, vor Gericht noch einmal den Tathergang schildern zu müssen (in der Vergangenheit - nur da? - wurde sehr häufig in entwürdigender Art und Weise befragt) bzw. sogar gemeinsam mit dem Täter befragt zu werden. Zu 60-70% sind die Vergewaltigten keine Fremden, sondern kommen aus dem Bekanntenkreis des Opfers (dies trifft auch bei sexuellen Mißbrauch zu).

Vergewaltigung in der Ehe existiert im Strafgesetzbuch der BRD noch nicht; angezeigt werden kann der Ehemann statt dessen unter dem Tatbestand der Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung.

Für Vergewaltigungen gibt es in der Regel (je nach Schwere des Falls) Freiheitsstrafen zwischen zwei und zehn Jahren. Laut Auskunft der KriminalbeamtenInnen sind Gewaltdelikte seit 1970 sprunghaft angestiegen.

Ende Juni schlossen wir unsere Exkursionen zum Thema "Gewalt gegen Frauen" ab und fühlten uns zunächst einmal förmlich erschlagen von dem Ausmaß der erfahrenen Tatsachen bzw. der geballten Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Erschütternd fanden wir vor allen Dingen das mangelnde gesellschaftliche Interesse an der Verhinde-

rung und auch an der Aufdeckung dieser Gewalttaten sowie die unzureichend vorhandenen Schutz- und Fluchtmöglichkeiten für die Opfer. Ganz klar war für uns, daß es im Kreis Offenbach mindestens drei Frauenhäuser geben müßte und jede Gemeinde pro Jahr zwei Sozialwohnungen zur Verfügung stellen sollte, in die mißhandelte Frauen nach dem Frauenhaus-Aufenthalt mit ihren Kindern einziehen können.

Grundsätzlich stimmten wir darin überein, daß die Ursachen männlicher Gewalt gegen Frauen in erster Linie auch ein Erziehungsproblem, ein Rollenmuster kindlicher Erfahrung ist. Nur, was macht Männer zu Tätern und Frauen ausschließlich zu Opfern? Dieser Frage wollten wir noch einmal gesondert nachgehen.

Sehr wichtig erschien uns auf jeden Fall - innerhalb des Zusammenlebens von Familien -, mehr gefühlsmäßige Offenheit und einen tabuloserem Umgang mit Sexualität zu praktizieren, da uns die MitarbeiterInnen der Offenbacher Kripo auf ein unterdrückendes, heuchlerisches Familienklima hinsichtlich sexueller Fragen und Bedürfnisse hingewiesen hatten. Dies bilde einen hervorragenden Nährboden für sexuelle Gewalttaten - innerhalb und außerhalb der Familie - und hindere nicht zuletzt auch ganz wesentlich die polizeilichen Ermittlungen.

Diese Erkenntnis in das eigene Leben hineinzutragen, an die Erziehung unserer Kinder mit veränderten gefühlsmäßigen Einstellungen heranzugehen und uns als Frauen mehr Stärke bei der Durchsetzung unserer eigenen Wünsche und Bedürfnisse zuzutrauen (um der festgeschriebenen weiblichen Opferrolle zu entkommen), erschien uns als wichtigste Schlußfolgerung unserer Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt gegen Frauen.

Katharina Müller-Butzbach



Der Mai ist gekommen ...

**Zentrale BewohnerInnentagung
der Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Brennpunkte**

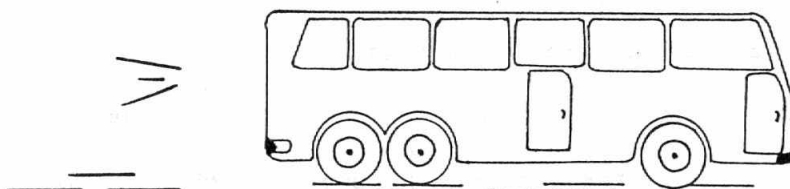
29./30. Mai 1992

Oberreifenberg

**Mitgliederversammlung
der Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Brennpunkte**

31. Mai 1992

Oberreifenberg



GEGEN NEUE SÜNDENBÖCKE

Als wir im letzten Jahr diesen Zeitungsschwerpunkt vorbereiteten, hatten wir die brutalen Angriffe auf ausländische Menschen vor Augen und wollten gerade als Verein, der auch Interessen von ausländischen BrennpunktbewohnerInnen vertritt und der im Mittelpunkt seiner Arbeit die Nöte und Ängste der deutschen und ausländischen BewohnerInnen der Brennpunkte stehen hat, auf den Zusammenhang zwischen sozialpolitischen Versäumnissen und der Gewaltwelle hinweisen, die Menschen dazu bringt, nach neuen Sündenböcken für die Misere zu suchen.

Gerade angesichts der Landtagswahlergebnisse in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein erscheint uns dies weiterhin dringlich, werden diese doch bereits wieder dazu genutzt, die Verschärfung der Asylgesetze als Allheilmittel gegen Existenzängste in der Bevölkerung anzubieten.

"In unserer Arbeit mit sozial benachteiligten Menschen", schrieb Lothar Stock in der Grußadresse der LAG an die TeilnehmerInnen der zentralen Demonstration "Schützt die Opfer, wehret den Tätern!" 1991 in Berlin, "erfahren wir immer wieder, wie dringend unsere Gesellschaft auf Sündenböcke, die für alle möglichen Mißstände im täglichen Leben verantwortlich gemacht werden können, angewiesen ist. Wenn es nicht, wie in den derzeitigen Hetzkampagnen und tätlichen Übergriffen, die ausländischen MitbürgerInnen oder die AsylbewerberInnen sind, dann sind es eben die Personengruppen, deren Interessen wir auf Landesebene und in der Öffentlichkeit vertreten, die derartigen Anfeindungen ausgesetzt sind: Die Obdachlosen, die "Asozialen", die FaulenzerInnen, die Sozialhilfeberechtigten usw."

Unter dem Titel "Gegen neue Sündenböcke" wollen wir im folgenden Berichte aus den Projekten und Stellungnahmen von Einzelpersonen wiedergeben, die uns zu diesem Thema erreicht haben. Wir wissen, daß auch in den Brennpunkten über die einzelnen Fragen gegensätzlich diskutiert wird und verstehen diese Beiträge auch als Anregung für die weitere Diskussion vor Ort.

Christina Hey

DEM HAß KEINE CHANCE

In Deutschland kam es in den letzten Wochen und Monaten des vergangenen Jahres immer wieder in einer vorher nicht dagewesenen Brutalität und Häufigkeit zu Angriffen gegen Menschen, die hier aufgrund unmenschlicher Verhältnisse in ihren Herkunftsländern Asyl beantragt haben. Doch nicht nur Asylsuchende mußten und müssen um ihre Gesundheit und ihr Leben bangen, sondern alle, die durch ihr Aussehen oder ihre Sprache zur Gruppe der sogenannten "Ausländer" gezählt werden. Menschen, die zum

Teil schon seit zwanzig, dreißig Jahren hier wohnen und arbeiten, werden auf offener Straße zusammengeschlagen.

Der Haß und der Frust, der bei den meist jugendlichen Tätern existieren muß, entläßt sich am schwächsten Teil in der Gesellschaft. Unserer Meinung nach wird die Situation dadurch noch verschärft, daß es vorkam, daß Bürgerinnen und Bürger, wie in Hoyerswerda, applaudierend daneben standen, während Rechtsradikale Steine und

Brandsätze auf ein Wohnheim warfen.

Bei einem Brandanschlag wurden in Hünxe (Westdeutschland) ein sechsjähriges und ein achtjähriges libanesisches Mädchen lebensgefährlich verletzt. Die PolitikerInnen sind wieder einmal entsetzt und fürchten um das Ansehen der BRD im Ausland, so als ob es eher darum ginge, unseren "guten Ruf" zu schützen und nicht und vor allem um das Leben und die Gesundheit der hier lebenden Menschen. PolitikerInnen, die behaupten, "das Boot sei voll" oder die von der "Asylantenflut" sprechen, die Deutschland "überschwemmen" wird, haben mit dazu beigetragen, daß es nun zu solchen Anschlägen kommt, wodurch ihr jetziges Bedauern nicht gerade an Glaubwürdigkeit gewinnt.

Menschen ohne deutschen Paß werden für eine verfehlte Wohnungspolitik, den Sozialabbau und die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht, als ob sie es wären, die die Entscheidungen von PolitikerInnen und UnternehmerInnen beeinflussen könnten, gerade sie, die am wenigsten Möglichkeit haben, Einfluß zu nehmen. Auf ihre Wählerstimmen muß keine Partei Rücksicht nehmen, da sie weder ein kommunales noch ein bundesweites Wahlrecht besitzen.

Gerade jetzt geht es darum, sich mit unseren ausländischen MitbürgerInnen solidarisch zu erklären und nicht wegzuschauen, sondern sich mit ihnen gemeinsam zu wehren

Jürgen Mühlfeld, AG GWA, Rodgaustraße, Darmstadt
aus: "Muckerblädsche" Nov.91



*LAG-Tagung für ausländische BewohnerInnen:
"Alltag in einem fremden Land"
Bodenrod 1991*

(Foto: Hey)

ANGEBOTE FÜR DIE JUGENDLICHEN

Die letzten Monate des Jahres 1991 waren geprägt von einer groß angelegten Kampagne mit dem Aussage-Schwerpunkt: "Wir Deutsche sind Ausländerfreunde."

Viele Prominente verkündeten auf Plakaten, daß sie selbst Ausländer seien und auch die Kirchen stellten plötzlich fest, daß Jesus ein Asylant gewesen sei. Während die CDU mehr oder weniger stark als einzigen Ausweg nur eine Grundgesetzänderung sieht, denkt die SPD weiter, lehnt diese Änderung noch ab und schließt sich der oben genannten Kampagne an mit Plakaten, die einen afrikanischen Flüchtling zeigen, der durch eine zerbrochene Fensterscheibe schaut, und welche untertitelt sind: "Toleranz. Damit nicht noch mehr kaputtgeht".

Für mich stellt sich die Frage, was bereits kaputtgegangen ist in den Menschen, die heute ihren "Lebensraum" bedroht sehen und zu den bekannten gewalttätigen Mitteln greifen oder solchen zujubeln. Ich bin der Ansicht, daß die jetzt vorhandene Situation eine lange Entwicklung durchlaufen hat. Solange ich zurückdenken kann, wurde uns Deutschen immer klar gemacht, wie schlecht wir doch eigentlich wären, denn wir hätten als Volk mit der begonnenen Ausrottung der Juden schwere Schuld auf uns geladen. Ich bin 1952 geboren und fühlte mich aufgrund dieser Prägung von Schulzeit an schuldig. Obwohl 50% amerikanisches Blut in mir fließen, fühlte ich mich für die Ausrottung der Indianer und die Versklavung farbiger Mitmenschen nicht schuldig.

Es hat bei mir lange gedauert, bis ich mich gewaltfrei von der Kollektivschuld und der damit verbundenen Unterdrückung befreite und heute auf jeden Menschen, egal welcher Anschauung, Nation, Farbe und Religion, offen zugehe. Trotzdem gestehe ich mir aber auch ein, daß alles was fremd ist, in mir eine Mischung aus Neugier und Angst erzeugt. So neugierig ich auf fremde Kulturen, Eßgewohnheiten, Musikstücke auch bin, habe ich Ängste, wie sie viele Menschen haben und wie sie (un)gewollt von der Politik auch geschürt werden.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Niedriglöhne, Riesenlöcher in der Sozialversorgung etc. und die Gegenmaßnahmen gleichen denen, welche zu Beginn der 30er Jahre in der gleichen Reihenfolge als sinnvoll erachtet wurden:

früher

- Kennkarte, mußte jeder Amtsperson ausgehändigt werden (Totale Kontrolle)
- Reichsversicherungsausweis wg. Schwarzarbeit
- Groß-Deutsches Reich angestrebt
- Intensiver Aufbau der Wehrmacht
- Ariergesetze
- Pogrome gegen Juden
- Deportation von Juden (zu ihrer Sicherheit)
- Krieg

heute

- Computer lesbarer Ausweis (Totale Kontrolle)
- Sozialversicherungsausweis wg. Schwarzarbeit
- Vereinigung
- Oder-Neiße-Diskussion
- Wolgadeutsche, Baltikum
- Diskussion, daß deutsche Soldaten ins Ausland dürfen
- Grundgesetzänderung wegen Asyl
- Pogrome gegen Ausländer
- Deportation von Ausländern (zu ihrer Sicherheit)

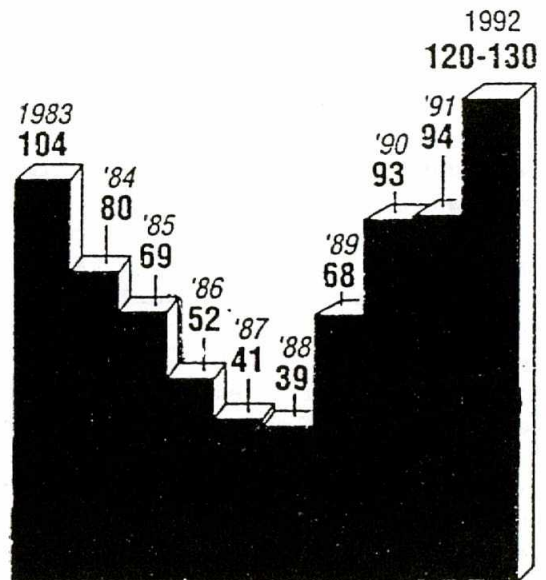
?

Ob sich mit einer ausländerfreundlichen Kampagne tatsächlich eine Bewußtseinsveränderung erreichen läßt, bezweifle ich stark, denn oft werden mit diesen Aktionen nur Menschen mit gleicher Gesinnung angesprochen. Und eine andere Gefahr sehe ich, nämlich die, daß Ausländerhaß in Inländerhaß umgewandelt wird. Beweis hierfür scheint mir zu sein, daß Parolen wie "Haut die Glatzen, bis sie platzen" vermehrt auftreten und auch hier wieder Verallgemeinerungen stattfinden. So weiß ich aus eigener Erfahrung, daß bereits vor 2 Jahren in Raunheim ein Rockkonzert von Skinheads durchgeführt wurde, welche sich ganz klar von rechtsradikalen Gewalttaten und -thesen distanzierten. Und aus Gesprächen weiß ich, daß viele Jugendliche Probleme haben, die nicht aufgefangen werden. Zum Beispiel: In der Schule ist jeder stolz auf seine Nation und Kultur, nur der Deutsche (oft in der Minderheit) bekommt heute noch oft die gleichen Schuldgefühle eingetrichtert. Auch im

Wohnungsmangel:

Die politischen Versäumnisse der achtziger Jahre wirken nach!

Geförderte Wohnungen (Bewilligungen) in den alten Bundesländern in 1000



Freizeitbereich muß der deutsche Jugendliche sich das Potential der deutschen Mädchen mit den ausländischen Mitstreitern teilen (ausländische Mädchen sind gut behütet zu Hause). Alle diese Probleme werden nicht ernst genommen und kaum ein Sozialarbeiter sucht das Gespräch mit den sogenannten Skins. Diese rechtsradikalen Jugendlichen, viele ohne Beruf, ohne Schulabschluß, aus zerrütteten Familien, ohne Fremdsprachen, leben vielfach in tristen Hochhäusern oder in Sanierungsgebieten. Diese Siedlungen haben oft auch hohe Ausländeranteile, und die einheimischen Familien konkurrieren mit den zugezogenen um Billigwohnungen und Billigarbeitsplätze.

Hier ist es nach meiner Auffassung erforderlich, Jugendhäuser, nichtkommerzielle Treffpunkte, Beratung in Notlagen und Sozialarbeit zu gewährleisten, damit das vorhandene Vakuum nicht von rechten Organisationen gefüllt wird und diese Freiräume zur Verfügung stellen, wo diese Kids ihre Musik hören können und nicht aufgrund des Outfits angemacht werden.

Noch eine Bemerkung zum Schluß. Jahrelange Versäumnisse des Staates, sich mit Rechtsradikalismus auseinanderzusetzen und einseitig Linksradikele zu verfolgen, darf jetzt nicht ins Gegenteil verwandelt werden. Radikalisierung, egal von welcher Seite, ob von rechts (Neo-Nazis), von links (RAF) oder aus der Mitte (Regierung) zur Durchsetzung politischer Ziele mit Polizeigewalt (Wackersdorf) haben nach meiner Empfindung nichts in der Demokratie zu suchen.

Bernhard Horch

SOLIDARITÄT DURCH GEMEINSAMES TUN

In Gesprächen mit den uns bekannten ausländischen Familien wurde sehr deutlich, daß insbesondere die Frauen und Mädchen Angst vor Gewalt haben. Sie wissen, daß sie wegen ihrer Haarfarbe, Hautfarbe und Aussprache auffallen und haben Angst, alleine deshalb mündlich und handgreiflich Angriffe zu erfahren.

Frauen gehen morgens oder abends im Dunkeln nicht mehr alleine raus und insbesondere die Mädchen werden dazu angehalten, vor Einbruch der Dunkelheit zu Hause zu sein bzw. nur in Begleitung bestimmte Orte aufzusuchen (Schwimmbad, Park etc.). Wir als SozialarbeiterInnen bemühen uns, eine Solidarität von Deutschen und AusländerInnen zu erzielen. Ein wichtiger Bestandteil hierzu scheint uns das gemeinsame Tun zu sein: Nähen, gemeinsames Spielen und Lernen der Kinder, Gruppenarbeit mit ausländischen Frauen, um sie mit der deutschen Sprache und Umgebung vertrauter zu machen. Damit wollen wir den Umgang zwischen deutschen und ausländischen Menschen selbstverständlicher und angstfreier machen.

Denn wir sollten nicht vergessen, daß die Deutschen in 178 Ländern der Erde AusländerInnen sind!

Marei Haertel-Meshkati, AGS
Schelmengraben, Wiesbaden

FEINDLICHKEIT UND HASS GEGEN IMMIGRANTINNEN - WIE GEHEN WIR ALS PROJEKT DAMIT UM?

Zum 09.11.1991 wurde auch in Darmstadt eine Demonstration unter dem Leitsatz "gegen Rassismus und Nationalismus" vorbereitet. Als MitarbeiterInnen einer Lern- und Spielstube, die sich in einem Wohngebiet mit fast ausschließlich ausländischen Familien befindet,

sind wir Mitglied im Trägerverein SKA, dem wohl größten Verein in Darmstadt, der sich mit Fragen zur AusländerInnenpolitik beschäftigt.

Bei der Vorbereitung zur Demonstration, insbesondere aber beim Schreiben eines Flugblattes von Seiten der MitarbeiterInnen, als Stellungnahme des SKA gedacht, wurde folgendes deutlich: Bevor es uns möglich ist, eine solche Stellungnahme zur Veröffentlichung zu bringen, in der wir nicht den Inhalt vieler anderer Informationsbroschüren (denen wir inhaltlich



zustimmen) wiedergeben wollen, müssen wir uns vermehrt dem Erfahrungsaustausch untereinander stellen. Nur so kann das Spezifische unserer Arbeit aufgezeigt und der damit verbundene Erfahrungswert handhabbar gemacht werden. Zum einen sollen sich daraus konkrete Forderungen an die LokalpolitikerInnen ergeben, um Problematiken des Zusammenlebens in der Öffentlichkeit zu diskutieren, z.B. in Fragen der Wohnungspolitik. Zum anderen sollen Fragen aus der alltäglichen Arbeit diskutiert werden, z.B. wie sieht - ganz plakativ ausgedrückt - eine antirassistische Arbeit in Lern- und Spielstuben aus?

Die vermehrte Bewaffnung auch der ausländischen Kinder und Jugendlichen in unseren Einrichtungen drückt das Ausmaß der Bedrohung

aus, aber auch die damit verbundene Wut. Werden die Betroffenen mit ihren Gefühlen verstanden und in angemessener Form unterstützt? Gibt es Konzepte, die andere Möglichkeiten eröffnen als die der Bandenbildung von Jugendlichen? Wie sieht eine BewohnerInnenarbeit im Wohngebiet zu diesem Thema aus? Wie reagieren wir auf immer häufiger werdende Hinweise der Eltern, auf die Kinder "gut aufzupassen", sie zu schützen?

Unsere Fragen und unsere Betroffenheit haben einen Prozeß in Gang gebracht, der zum Ziel hat, in allen unseren (Arbeits-) Bereichen versteckte und unbewußt gebliebene Feindlichkeit gegen MigrantInnen zu erkennen und zu benennen.

Die LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. betreffend fiel uns auf, daß darauf hingearbeitet werden müßte, auch die ausländischen BewohnerInnen der Projekte in die Tagungen und Mitgliederversammlungen zu integrieren, d.h. die Voraussetzungen hierfür so zu schaffen, daß die Angesprochenen sich im Programm wiederfinden können.

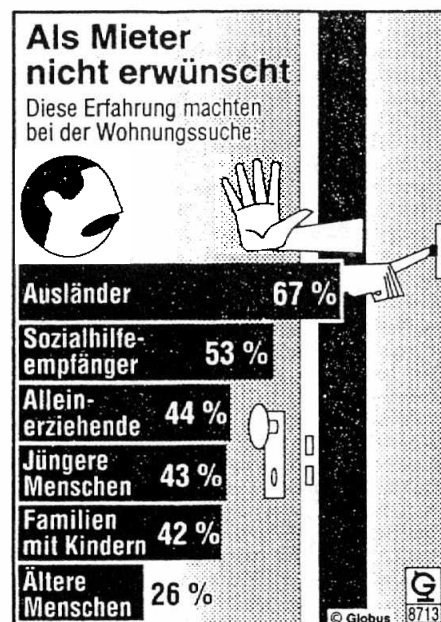
Sabine Knauk, SKA Michaelisstraße, Darmstadt

AUSLÄNDERINNEN IN EINER KLEINSTADT

Idstein ist eine kleine Stadt. Sie hat fast 20300 Einwohner. Davon leben 12900 in der Kernstadt und die anderen in den eingemeindeten "Dörfern." Es gibt zwei große und sieben kleinere Dörfer. Sie haben 225 - 2923 Einwohner. In Idstein gibt es zur Zeit sieben Unterkünfte für Aus- und Übersiedler, Asylbewerber, Asylberechtigte und geduldete Flüchtlinge, eine achte ist in Vorbereitung. In den Vororten gibt es drei Unterkünfte. In ihnen leben zur Zeit 186 Aussiedler, jetzt noch 4 Übersiedler und insgesamt 157 Asylbewerber, Asylberechtigte und geduldete Flüchtlinge. In Idstein wohnen insgesamt 2599 Ausländer, also fast die Ein-

wohnerzahl vom größten Dorf. Die überwiegende Anzahl wohnt in der Kernstadt. Für eine so verhältnismäßig kleine Stadt ist der Anteil ausländischer Bewohner, denke ich, recht hoch.

Trotzdem, oder gerade deshalb, gibt es in Idstein, soviel ich weiß, keine aggressive Ausländerfeindlichkeit. Sicher leben auch in Idstein Menschen, die denken "Das Boot ist voll", es sollen nicht mehr zuziehen, sicher gibt es auch hier die "feinere" Form der Ausländerfeindlichkeit, die besondere Erschwernisse bei der Wohnungssuche, das verbale Pöbeln gegen Menschen anderer Haut- und Haarfarbe. Aber oft, wenn das passiert, sind auch Menschen da, die für die Beschimpften Partei ergreifen.



Daß es so ist und ich hoffe, daß es so bleibt, kommt nicht von ungefähr. Schon vor annähernd 10 Jahren hat sich in Idstein eine Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit gebildet, aus der dann 1985 der Deutsch-Ausländische-Freundschaftskreis (DAF) hervorgegangen ist. Das DAF ist inzwischen ein eingetragener Verein und mit seinen Veranstaltungen ein fester Bestandteil im Gemeinschaftsleben. Durch die Präsenz dieses Vereins, der koordiniert auch mit anderen Vereinen und Verbänden immer wie-

der in der Öffentlichkeit erscheint, haben auch Ausländer ein Sprachrohr. Dazu kommt, daß erreicht wurde, daß in der Stadt und im Landkreis Ausländerbeiräte gewählt wurden, die jetzt ihre Arbeit aufnehmen.

Das Klima in unserer Stadt ist also im ganzen nicht schlecht, trotzdem gab es eine Unterschriftensammlung gegen ein geplantes Männerwohnheim für Asylbewerber. Die Unterschreiber meinten, es sollten in das Anwesen Asylbewerberfamilien einziehen. Was wird, ist noch nicht entschieden.

Auch wenn sich das alles gut anhört, haben Ausländer in Idstein Angst. Die Berichte in den Medien verbreiten auch hier Unsicherheit. Die Menschen bekommen das Gefühl "Es ist bei uns noch nicht so schlimm". Aber sie und wir können nicht sicher sein, daß es nicht auch hier offenen Terror geben wird. Es finden Gespräche statt, in denen ganz klar wird, sollte es Terror geben, sind wir auch als Person gefragt. Es gibt Gruppen, die sich für diesen schlimmen Fall verabredet haben, sich - wörtlich zu nehmen - vor die Ausländer zu stellen.

In der Ausländerfeindlichkeit liegt viel Voreingenommenheit und Dummheit, aber ich bin sicher, daß Aufklärung dagegen allein nicht hilft, zumal es viele gibt, die aus egoistischen Gründen die Ausländerfeindlichkeit schüren. Und dabei brauchen wir die Ausländer. Wenn alle Nichtdeutschen in Idstein am gleichen Tag streiken würden, wären mit Sicherheit ein Drittel der fast 55 Gaststätten zu, in den anderen würde man in den meisten Fällen lange auf die Bedienung warten müssen und es würde nur solange serviert, bis alles Geschirr schmutzig wäre.

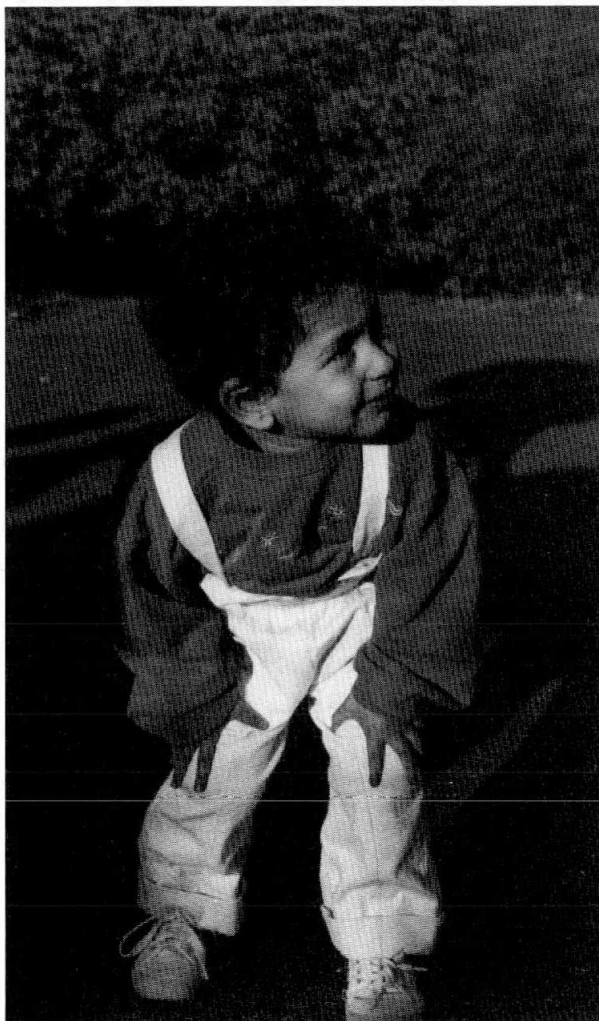
In den Fabriken würde nichts mehr gehen und in vielen Werkstätten gäbe es lange "Wartezeiten". In den Krankenhäusern und Altenheimen wäre die Versorgung der Patienten gefährdet und wenn die ausländi-

schen Schulkinder streikten, wären eine Reihe Lehrer überflüssig. Das sind nur einige Punkte.

Die Gründe, die zu Fremdenfeindlichkeit und zu Ausländerhaß führen, sind tiefliedend und vielfältig. Nicht alle können wir allein aus der Welt schaffen. Wenn wir uns aber deutlich machen, in welchem Maße unser Leben mit dem Leben der Ausländer zusammenhängt, sollte mindestens Tolleranz möglich sein.

Ich freue mich, wenn ich Menschen begegne, die anders aussehen, anders gekleidet sind, anders sprechen - anders leben als ich - und das nicht nur im Urlaub.

Elsche Strauß-Wilts, Die Stube, Idstein



Als Kinder mögen sie alle!
(Foto: Hey)

**WIE WEITER IN DER KINDERBETREUUNG? -
SPIEL- UND LERNSTUBENTAGUNG 1992**

Vom 27.01.- 31.01.92 fand zum 4. Mal die Spiel- und Lernstuben-Arbeitstagung - veranstaltet vom Landesjugendamt und der LAG - zum Thema "Kinderbetreuung und Erziehungshilfe in Sozialen Brennpunkten - welchen Beitrag leisten die Spiel- und Lernstuben?" auf dem Jugendhof Dörnberg statt. Der thematische Bogen spannte sich dabei von konkreten Situationen verschiedener Projekte vor Ort über die Frage nach den Perspektiven der Arbeit in Sozialen Brennpunkten und der infrastrukturell notwendigen Ausstattung von Stadtteilen bis hin zu zukünftigen Planungen von Kinderbetreuung in Hessen, Schaffung von Integrationsorten und nicht zuletzt auch zur Vision Dr. Haasers (Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit) von der "Kinderbetreuung im Baukastensystem".

Als Einstieg am Montag referierte Reinhard Thies über 25 Jahre Spiel- und Lernstubenarbeit in Sozialen Brennpunkten, worauf ich an dieser Stelle nicht näher eingehen möchte, da zum Thema "20 Jahre Spiel- und Lernstuben" die LAG-Zeitung 1987 eine Sondernummer herausgegeben hat.

Dienstag berichteten verschiedene Referenten zur Brennpunktarbeit im Wandel und ihrer Bedeutung für die Arbeit mit Kindern. Sie bezogen Stellung zu den folgenden Fragen:

- Welche Perspektive hat die Arbeit in Sozialen Brennpunkten?
- Wie müssen die Einrichtungen beschaffen sein, um den besonderen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten gerecht zu werden?
- Welche Rolle sollen in Zukunft die Spiel- und Lernstuben haben?
- Welche Erwartungen haben sie im Zusammenhang mit der Arbeit im Sozialen Brennpunkt an ein hessisches Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz und an ein mögliches Kindertagesstätten-Gesetz?

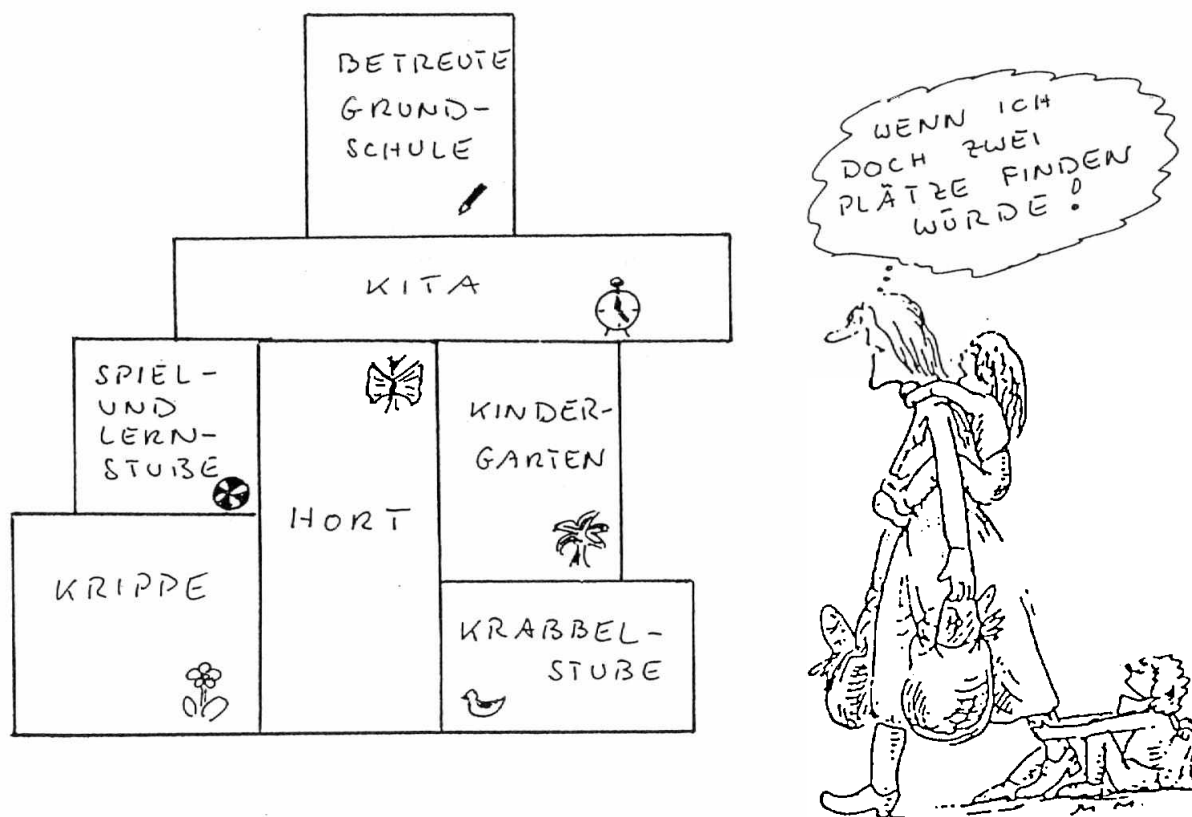
Vielen Vorträgen, auch denen der folgenden Tage, ging eine Darstellung der allgemeinen zukünftigen Situation, auf die sich Kinderbetreuung einzustellen hat, voraus: Es wird weniger Kinder geben, auch in Sozialen Brennpunkten, es wird immer mehr erwerbstätige Frauen geben, vor allen in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen mit flexiblen Arbeitszeiten, immer mehr Allein-erziehende und immer mehr Einzelkinder.

Ich möchte nun auf die Vorträge während der Tagung näher eingehen, beginnend mit dem von Herrn Völkl, Leiter des Jugendamtes in Wiesbaden. Die Situation Sozialer Brennpunkte in Wiesbaden stellt sich in den 90er Jahren so dar, daß isolierte Siedlungen Teil eines größeren Siedlungsgefüges werden (Erschließung von Wohngebiet etc.). Die von den Spiel- und Lernstuben geleistete Kinderarbeit wird dann von neu errichteten Kindertagesstätten übernommen. Jetzige vorhandene Räume können für Gemeinwesenarbeit weiter genutzt werden. In den einzelnen Stadtteilen muß eine stadtteilbezogene infrastrukturelle Grundversorgung an Kinderbetreuung angeboten werden. Das Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz hat erstmals Kindertagesstätten und Tagesbetreuung als Bestandteil der Jugendhilfeplanung anerkannt. Krippen und Horte werden gleichbehandelt mit Kindertagesstätten (Bildungs- und Erziehungsauftrag). Die Träger der Jugendhilfe haben demnach für einen bedarfsgerechten Ausbau Sorge zu tragen.

TAGUNGEN

Laut Herrn Völkl soll der Zugang zu Infrastrukturentwicklungen von der Kommune und von den Bewohnern her kommen, was dann von Brennpunkt zu Brennpunkt anders ausssehen kann. Es gibt dazu 3 Ansätze: Regionalisierung bedeutet, daß der Allgemeine Soziale Dienst und die zugehörigen Dienste in Wiesbaden in 8 Regionen unterteilt wurden. Vor Ort sollen in einem interdisziplinären Team (regionale Arbeitsgruppen RAG) aus Allgemeinem Sozialen Dienst, Erziehungsberatung, Jugendgerichtshilfe etc. die Ressourcen vor Ort stadtteilbezogen eingesetzt werden. Der Projektverbund geht aus der RAG hervor und ist ein regionales Team der städtischen Dienste (Kindertageseinrichtungen, Jugendzentren etc.). Die Stadtteilkonferenz geht wiederum aus dem Projektverbund hervor. Die örtliche Politikebene wird miteinbezogen. In der Stadtteilkonferenz ist die Zusammenarbeit der freien und kommunalen Träger institutionell gewährleistet.

Das Modell der Kindergemeinschafts- bzw. altersgemischten Kindergruppe soll allgemein in die Pädagogik von Kindergärten und Kindertagesstätten aufgenommen werden. Das Betreuungsangebot der Schulen soll ausgeweitet werden (betreuende Grundschule, d.h. Öffnung ab 7.00, garantierte Vormittagsbetreuung, Nachmittagsangebot.usw).



Im Vortrag Herrn Völkl's wurden damit wichtige Trends und Entwicklungen von Kinderbetreuung genannt, die auch Gegenstand des Referats von Dr. Haaser und von Herrn Vogt (Fachberater für städt. Kindertagesstätten in Hanau) waren. Ich möchte noch mal die wesentlichen Inhalte zusammenfassen:

Der Trend der Kinderbetreuung geht hin zur altersgemischten Gruppe. Diese wird verschiedenen Bedürfnissen gerecht: Sie stellt sich auf unterschiedlichste Arbeitszeiten der Eltern(teile) ein und strebt ein gegliedertes System von Teilzeit- und Ganztagsversorgung an. Zum anderen ermöglicht das Modell eine dezentrale Versorgung in vielfältigen, stadtteilbezogenen Ein-

richtungen. Die Einrichtungen werden also insgesamt kleiner, der Raumbedarf innerhalb der Einrichtung aber größer. Stadtteil ist zu verstehen als kleine Einheit, kann also zum Beispiel nur auf ein größeres Wohngebiet oder einen Teil eines Stadtteils bezogen sein. Angepaßt an die Bedürfnisse eines Stadtteils können in verschiedenen Altersspannen Gruppen zusammengefaßt werden. Innerhalb der Einrichtung kann es dann auch gruppenübergreifende Angebote für Gleichaltrige geben. Nähere Informationen zur derzeitigen laufenden Umsetzung dieses Modells können z.B. beim Jugendamt Hanau eingeholt werden. Durch die Stadtteilbezogene Einrichtung sollen die Bezüge zum Stadtteil gestärkt werden. Gemeinwesenorientierung ist also absolut angesagt.

In der Vision Dr. Haasers "Kinderbetreuung im Baukastensystem" wurde ebenfalls deutlich, daß es reine Kindergärten und Kinderkrippen in Zukunft nicht mehr geben wird, daß teilweise Betreuungsangebote über den Bereich Schule laufen müssen und daß Kinderbetreuung im Baukastensystem stadtteilbezogen und gemeinwesenorientiert ist. Am Beispiel Hanau wurde gezeigt, daß eine Einrichtung auch Räume für Mütter, Väter und Bewohner eines Stadtteils anbieten kann, deren Benutzung nicht in (direktem) Zusammenhang mit der dortigen Kinderarbeit stehen muß.

Auch in Frankfurt zielt laut Bericht von Herrn Heinz, Zuständiger für die Spiel- und Lernstuben des Caritas-Verbandes in Frankfurt, die Arbeit in den Brennpunkten auf integrative Angebote ab: Brennpunkte sind als Teil eines größeren Stadtteils zu sehen, qualifizierte Orte sind zu schaffen, die Integrationsorte werden und Trägerbündnisse für GWA sind einzurichten. Um den Ansprüchen an Kinderbetreuung gerecht werden zu können, wird sowohl qualitativ als auch quantitativ geplant, wie es z.B. das Sofortprogramm "Hessen betreut Kinder" zeigt.

Im Anschluß an die verschiedenen Vorträge wurde natürlich gemeinsam diskutiert, denn etwas dünn beantwortet bleibt die Frage, wie die derzeitigen Spiel- und Lernstuben als Nische in die genannten Entwicklungen miteinbezogen werden mit dem Know-how der GemeinwesenarbeiterInnen und wie Übergänge in neue Entwicklungen gestaltet werden können. Vernetzung, Integrationsorte, Stadtteilbezogenheit sind schon oft gefallene Worte, aber neben der realen konkreten Situation vor Ort ist es sicherlich notwendig, parallel in Richtung Zukunft zu schauen und mitzuplanen. Dazu hat die Tagung einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Fast ebenso theoretisch wie meine Zusammenfassung, die sicher auch einseitig auf die landespolitische Ebene ausgerichtet ist, war für mich auch die Tagung: Es gab viele interessante Vorträge, manchmal etwas wenig Raum für Diskussionen und Eigendynamik der Gedanken, aber zwischendurch gab es auch von Projekten vor Ort zu hören und zu sehen, z.B. bei Besuchen zweier Projekte (Abenteuerspielplätze) in Kassel. Viel Sitzfleisch war zwar notwendig, aber die Abende boten Möglichkeit zum Spiel, Kneipenbummeln und Papier schöpfen. So bleibt zum Schluß mir und Euch zu wünschen, daß das nächstmal noch mehr SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen Zeit finden, an der Spiel- und Lernstubentagung teilzunehmen.

Elisabeth Margara, Frauensteiner Straße, Wiesbaden

BUNDESWEITE TAGUNGEN DER SOZIALHILFEINITIATIVEN 1991/92

Sozialhilfe - nach wie vor ein wichtiges Thema und auch eines, zu dem viel gearbeitet wird. Mittlerweile gibt es seit Erscheinen der letzten LAG-Zeitung bereits über zwei Treffen der Sozialhilfeinitiativen zu berichten, eines in Borken und ein zweites in Oberreifenberg.

Nachlese zum Sommertreffen 1991:

Ein außergewöhnlicher Ort für ein besonderes Treffen!



Tagungs"haus" in Borken

Das erste bundesweite Treffen der Sozialhilfeinitiativen nach Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen fand vom 25.-28. Juli 1991 in der Jugendburg Gemen in Borken/NRW in der Nähe der niederländischen Grenze statt.

Die über 130 TeilnehmerInnen kamen aus der gesamten Bundesrepublik, es war schön, daß auch einige Betroffene aus den neuen Bundesländern gekommen waren.

Wichtige Erfolgsmeldung: die Rücknahme der Kürzung des Regelsatzes für alleinstehende junge Erwachsene von 18 bis unter 25 Jahren in den meisten Bundesländern! Das gibt Mut und Kraft zum Weiterkämpfen bei aktuellen Problemen.

Probleme gibt es immer wieder genug, so daß auch diesmal die Arbeit erst in Arbeitsgruppen stattfand. Folgende Themen wurden diskutiert: Sozialhilfe in den neuen Bundesländern, Wohnen mit Sozialhilfe, Armut im Alter, Beratungs-

arbeit der Initiativen/Rechtsberatung, Erfahrungen im Sozialamt (Rollenspiel), Öffentlichkeitsarbeit der Initiativen, Frauen und Sozialhilfe, Betroffenenrechte im Widerspruchsverfahren, Bielefelder Forderungen und einmalige Beihilfen.

Im Plenum trugen wir die Ergebnisse unserer Arbeit zusammen und stellten unsere daraus resultierenden Forderungen auf:

- kein Zwei-Klassen-Recht in der Sozialhilfe! Strikte Gleichbehandlung aller auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen (insbesondere Flüchtlinge und Asylbewerber)
- unverzügliche Anpassung der Sozialhilfeleistungen in den neuen Bundesländern an das Leistungsniveau der alten Bundesrepublik
- Herstellung rechtsstaatlicher Verfahrensweisen, die den Sozialhilfeberechtigten Widerspruchs- und Klagewege gegenüber unzulässigen Leistungsverweigerungen ermöglichen
- keine Anrechnung des Pflegegeldes der Krankenkasse auf die Sozialhilfe
- gesetzliche Absicherung von Erziehungsleistungen, die über die befristete Dauer des Erziehungsgeldes hinausgeht
- generelle Veröffentlichung amtsinterner Verwaltungsvorschriften, um den Sozialhilfeberechtigten die Überprüfung der Sozialhilfegewährungspraxis zu ermöglichen.

Schwerpunkt dieses Treffens bildete die Arbeitsgruppe "Bielefelder Forderungen/Grundsicherung", die auch in nächster Zukunft den wichtigsten und größten Bestandteil der Diskussionen bilden wird, da unsere Forderung in Richtung Existenzsicherung für alle geht.

Das nächste Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen findet im hessischen Oberreifenberg vom 29.1.-1.2.1991 statt. - Vorsicht!!! - Oje: zu spät, die Hesse komme !!

Und schon sind sie da:

1. Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen 1992

Hauptthema dieses Bundestreffens war die Ausarbeitung unserer Forderungen. Ergebnis unserer stundenlangen Diskussion: "Existenzgeld für alle anstatt eines Lebens in Armut" (Die Forderungen sind in der Geschäftsstelle der LAG erhältlich).

Zum Thema "Ausländerfeindlichkeit" gab es verschiedene Arbeitsgruppen, die sich u.a. auch mit unserem eigenen Verhalten sowie unseren Ängsten und Vorurteilen beschäftigten. Außerdem ging es um die Handhabung der Asylverfahren.

Wichtigstes Ereignis am Sonntag war die Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft, bei der Erika Biehn (Lippstadt) als 1.Vorsitzende und Gaby Berndt (Offenbach) als 2.Vorsitzende wiedergewählt wurden. Für die nicht mehr kandidierenden Heidrun Falk und Sonja Viehweg wurden Bernhard Horch(Raunheim) als Kassierer und Annemone Ackermann (Brandenburg) als Schriftführerin neu in den Vorstand gewählt. An dieser Stelle herzlichen Dank an den Gründungsvorstand und alle guten Wünsche für den neugewählten Vorstand!

Das Sommertreffen der Sozialhilfeinitiativen findet vom 23.-26. Juli 1992 in Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) statt. Wir hoffen auch hier wieder auf rege Beteiligung.

BESUCHE HÜBEN UND DRÜBEN

Die Russen waren da!

Eindrücke:

Ein musikalisch/kultureller Austausch fand in der Woche vom 15. bis 24. September '91 statt: Die Moskauer Rockband K.B war vom Rockmobil zum Gegenbesuch eingeladen. Genau vor einem Jahr nämlich waren die Limburger Kids, Erhard und ich der Einladung der ehemaligen Ministerin Lehr gefolgt, an einem Bustrekking teilzunehmen und so das Rockmobil in der damaligen Sowjetunion vorzustellen.

Nun sollten die Russen kommen. Die Planung für die kommenden 10 Tage war abgeschlossen, die Unterbringung im Jugendgästehaus Wetzlar gebucht, aber wir waren uns bis

zum Sonntag dem 15. September immer noch nicht sicher, ob die Gruppe wirklich im Flugzeug sitzen würde. Voller Erwartung bauten wir uns in der Ankunftshalle auf, um ein bekanntes Gesicht zu entdecken. Nach einer Dreiviertelstunde endlich konnten wir alle elf begrüßen. ...

Erhard und ich hatten jetzt die Gelegenheit, mit den Herren Igor und Andrej das Wochenprogramm zu besprechen. Die zwei Manager hatten immerhin ein Vermögen von ca. 13.300 Rubel investiert, um der Gruppe den Flug zu ermöglichen. Sie sitzen in leitenden Positionen



Auftritt im Ulenspiegel: K.B.
(Foto: Presse)

eines Verbandes, der sich RITM (Rhythmus) nennt und die Interessen und das Kapital von etwa 50 Kleinunternehmern in Rußland verwaltet. Gelder werden gewinnbringend eingesetzt und die Profite in weitere Jugendprojekte investiert. Dem Verein gehören unter anderem Tonstudios, aus denen etwa 70% der gesamten russischen Musikproduktion hervorgehen. Darüber hinaus produzieren verschiedene Hardrock-Bands aus dem westlichen Ausland ihre Videoclips in Moskau und RITM verkauft diese wiederum an westliche Partnerfirmen. ...

Am Abend erwarteten uns die Limburger "Kids" im "Finken". Projektleiter Jürgen Eufinger hieß die russischen Gäste willkommen und läutete damit das gesellige Beisammensein ein. Die "Kids" hatten mit Hilfe der Frauen vom Wohnerrat und den Mitarbeitern der Projektgruppe ein phantasievolles kaltes Buffet vorbereitet. Im Laufe des Abends bauten wir gemeinsam die Rockmobilmusikanlage auf, denn K..B wollten einen Auszug aus ihrer neuen Show vorstellen. "Es tut uns leid, dass wir nicht alles aufgegessen haben," erklärte Sascha der Sänger zu Beginn des ersten Stückes, "aber um unsere Musik spielen zu können, müssen wir so sein wie zu Hause - hungrig." ...

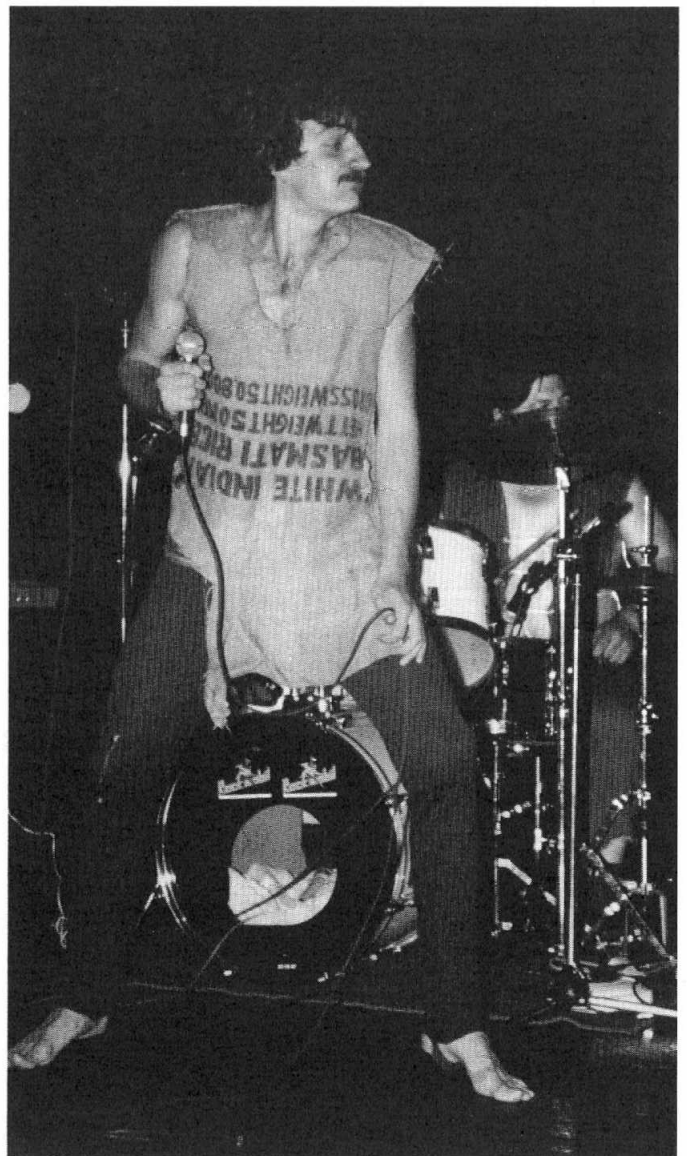
Für den Freitagvormittag hatte das Rockmobil-Team die russischen Gäste ins Rockmobil-Stammhaus eingeladen. Dort sprachen sie mit Bürgermeister Schüler und verschiedenen PressevertreterInnen über ihre ersten Eindrücke von Deutschland. Alle waren über alle Maßen begeistert. (So blind vor Begeisterung, wie mir schien, daß ihnen das rechte Maß für eine Beurteilung fehlte. Dafür ist wohl ein Aufenthalt von zehn Tagen zu kurz.) ...

Jetzt sind sie wieder weg. Wie mir schien, ein schwerer Moment für den Besuch aus Moskau. Abschied nehmen im Hinblick auf das, was sie in ihrer Heimatstadt erwartet.

Wir sind im Lauf der vergangenen Woche Freunde geworden, haben viele Verwandtschaften entdeckt und eine Menge unterschiedliche Standpunkte und Meinungen erforscht. Einiges an Erfahrungen und Ideen wurde ausgetauscht. Wir haben uns gegenseitig unsere Musik vorgespielt, die trotz des so verschiedenen kulturellen Erbes aus der gleichen Leidenschaft entstanden zu sein scheint.

Wir sollen sie besuchen kommen. In Moskau. Nächstes Jahr. Sie wollen uns alles zeigen. Alles, worauf sie stolz sind. Und darauf freuen wir uns.

Uwe Roepe



(Foto: Presse)

Und die Deutschen dort:

Der Gegenbesuch fand vom 9.-14.März auf Einladung der Vereinigung junger Unternehmer und der Kulturorganisation RITM in Moskau statt. Allerhand Besuche und Treffen standen auf dem Programm: Einladungen in die Gastgeberfamilien, Sessions mit der Gruppe K.B., Besichtigungen und ein Gespräch mit dem russischen Minister für Jugend.

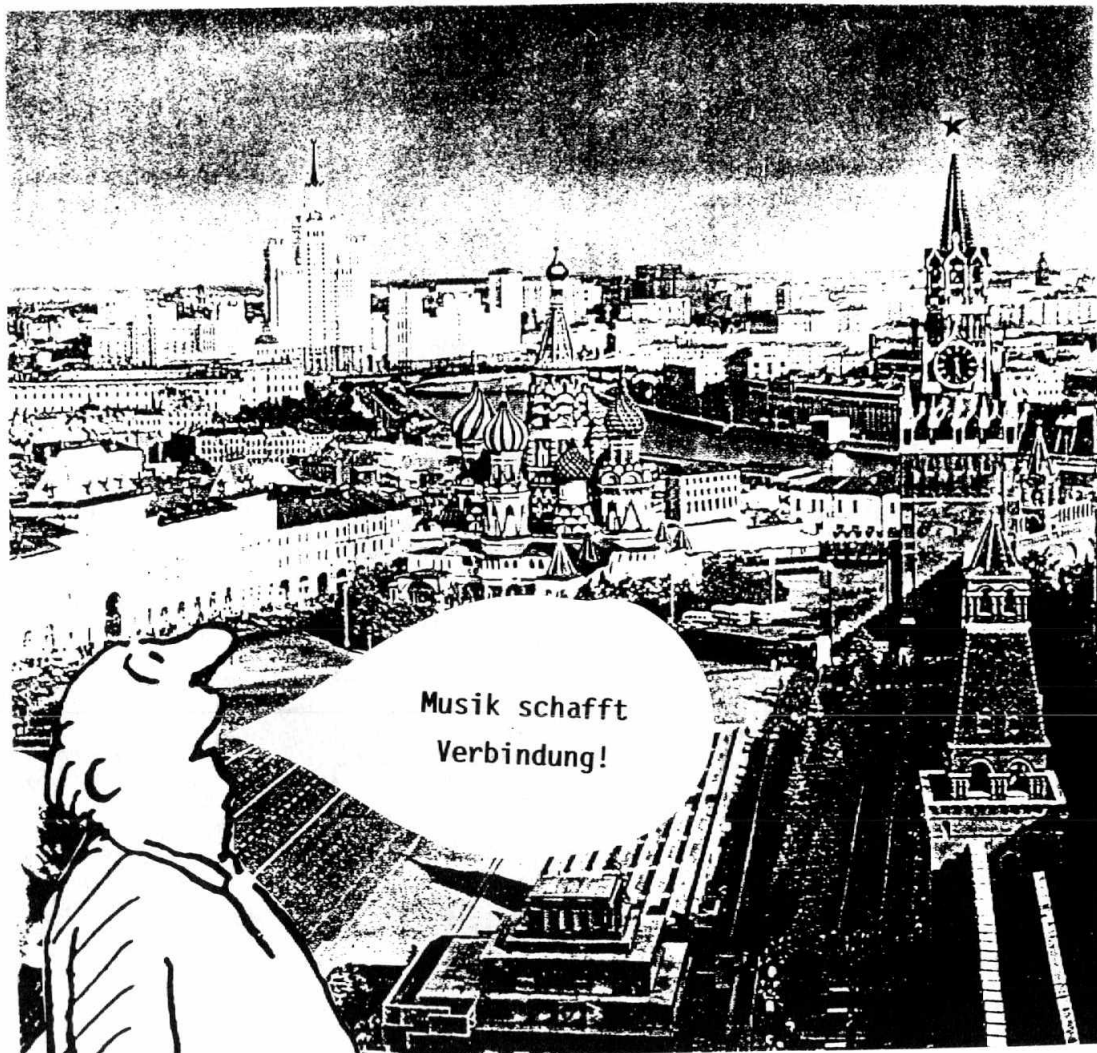
Aus diesem Gespräch mit Minister Andrej Scharanov entwickelte sich die Idee für ein neues Austauschprogramm. Der Minister möchte, daß russische Studenten der Sozialarbeit durch Besuche in Deutschland hiesige Modelleinrichtungen kennenlernen. Das geplante Pilotprojekt soll der Vorläufer eines Austauschprojekts auf EG-Ebene wer-

den, das von russischer Seite gegenwärtig vorbereitet wird.

Auch im Musikbereich soll der Austausch weitergehen: Ein weiterer Besuch einer russischen Gruppe in Hessen und die gemeinsame Produktion einer Schallplatte wurden vorbereitet.

Wenn damit auch viel Zeit in dieser Woche für die Verabredung weiterer gemeinsamer Vorhaben genutzt wurde, blieb doch auch Raum für die ReiseteilnehmerInnen, Einblicke in das Leben in Rußland zu gewinnen. Besonders von der Gastfreundschaft der russischen Menschen waren die KollegInnen und Kollegen vom Rockmobil sehr beeindruckt.

Christina Hey



LETZTE MELDUNGEN AUS DER FRAUENARBEIT

Im Mittelpunkt der Frauenarbeit standen in den letzten Monaten die Tagungen: die beiden Herbsttagungen, letztes Jahr sehr spät Ende November/Anfang Dezember gelegen, und die Frauenzentraltagung im März in Dorfweil.

Herbsttagungen 1991 zum Thema "Sexueller Mißbrauch"

Als längst überfällig bewerteten die Frauen das Angebot, sich mit diesem schwierigen Thema auf einer Tagung einmal intensiver auseinanderzusetzen. Neben Informationen zum Thema standen im Mittelpunkt der Tagungen die Erfahrungen der Frauen in ihren verschiedenen Rollen: als Töchter, als Mütter, als Nachbarinnen oder auch als Frauen in der Öffentlichkeit. Wann werden meine eigenen Grenzen verletzt? Wie kann ich durch mein Erziehungsverhalten meinen Kindern mehr Sicherheit geben? Was macht es Müttern so schwer, sexuellen Mißbrauch wahrzunehmen? Wie würde ich in der Frauengruppe reagieren, wenn ich von einem Verdacht in der Siedlung erfahre? Diese Fragen bearbeiteten wir in Form von Selbsterfahrungs-, Rollen- und Planspielen. Dabei war nicht nur der Kopf gefordert und so gingen die einzelnen Erfahrungen uns allen auch ganz schön unter die Haut. "Anstrengend, aber wichtig", so lautete denn auch der Kommentar einer Teilnehmerin am Ende von zwei arbeitsreichen Tagen. Wichtig vor allem auch dafür, daß über das Thema endlich geredet wird, daß es nicht länger ein Tabu bleibt.

Frauenzentraltagung zum Einsatz von Medien in der Öffentlichkeitsarbeit

Nach dem bedrückenden Thema der Herbsttagungen stand die Frauenzentraltagung ganz im Zeichen kreativer Gestaltung. In den neun Arbeitsgruppen, die Dank der Unterstützung der örtlichen Sozialarbeiterinnen angeboten werden konnten, drehten die TagungsteilnehmerInnen Videofilme, nahmen Hörfunkbeiträge auf, gestalteten Plakate, eine Ausstellung und eine Zeitung und bereiteten einen musikalischen Auftritt vor. Daß in so kurzer Zeit so viel und so gut produziert werden kann, hat nicht nur die Teilnehmerinnen überrascht. Und diese Art des Arbeitens brachte auch viel Spaß für alle. Damit die viele Arbeit auch ihren Zweck erfüllt, werden einige Produkte im Rahmen weiterer LAG-Veranstaltungen zu bewundern sein.

Christina Hey



Aus: Dorfweiler Frauen-Rundschau, 14.3.1992

Das Kondom von Eichel

WIESBADEN. Da soll noch mal jemand sagen, Rot-Grün sei farblos. Rote und grüne Buntstifte (klarstellende Aufschrift: „Hessen bekennt Farbe“) verschenkt die Wiesbadener Staatskanzlei unter Regierungschef Hans Eichel schon seit Wochen. Jetzt gibt es unter der Rubrik Werbebeschenk auch noch ein rot-grünes Kondom-Set: einen roten Behälter in Lippen-Form mit grün gefärbtem Verhüterli. Laut Staatskanzlei etwas, das man nicht erwartet.

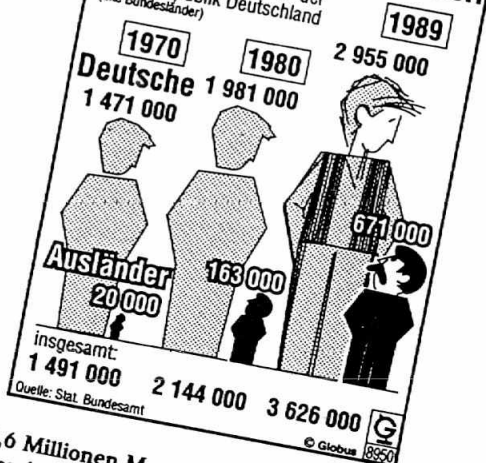
Aus dem Saarland haben die Wiesbadener die Idee, nur bei der Kondom-Farbe wurde für Hessen von lila auf grün umgestellt. 6000 Exemplare zum Stückpreis von 1,16 Mark plus Mehrwertsteuer nennt das Land nun sein eigen, finanziert aus dem Etatteil für Öffentlichkeitsarbeit. Ein Großteil davon wurde dem Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit zur Verfügung gestellt, größere Kontingente auch den Frauen- und dem Kultusressort (500 Stück). Auch die anderen Ressorts können, so heißt es, „nach Bedarf“ zugreifen.

Frauen- und Familienministerium jedenfalls haben sich in der Staatskanzlei schon am Tag nach der Anlieferung mit den neuen PR-Gags eingedeckt.

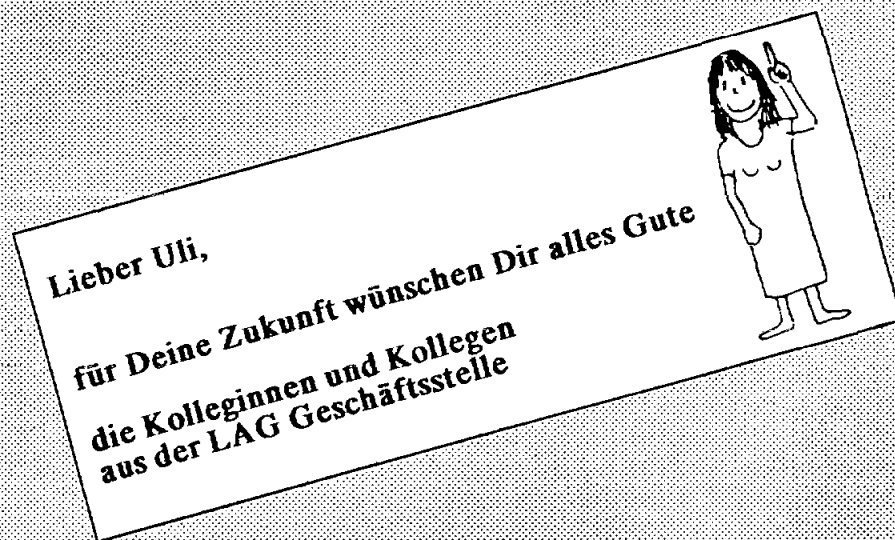


Auf Sozialhilfe angewiesen

Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer)



Mehr als 3,6 Millionen Menschen in den alten Bundesländern bezogen im Jahre 1989 Sozialhilfe. Damit waren 1989 zweieinhalb mal so viele Menschen von Armut betroffen wie 1970 – und dies, obwohl die achtziger Jahre als „Jahrzehnt des Wirtschaftswunders“ in die deutschen Geschichtsbücher eingehen werden.



TERMINE

Mai 1992

- 9.05.-10.05. Kajak-Wochenende
12.05. AG Spiel- und Lernstuben
13.05. AG Mädchen, Gießen, Gummiinsel
14.05. AG Jungenarbeit, Frankfurt
19.05. Workshop: Methodisch-Didaktische Hilfestellungen in der Erstausbildung benachteiligter Jugendlicher - hier: Gärtnerinnen, Frankfurt
21.05. Arbeitskreis "Frauen", Frankfurt
21.05. AG Jugend
21.05.-22.05. Fortbildung GeschäftsführerInnen - Organisationsentwicklung - Führungsverhalten II, Dorfweil/Ts.
23.05. Mädchenkulturfest, Gießen, Gummiinsel
29.05.-30.05. BewohnerInnen-Tagung
31.05. Mitgliederversammlung der LAG

Juni 1992

- 13.06. AG Sozialhilfe, Frankfurt

Juli 1992

- 06.07.-10.07. Bildungsurlaub für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte (mit Kinderbetreuung), Bildungsstätte Alte Schule Neu-Anspach/Taunus
23.07.-26.07. Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen, Parchim (Mecklenburg-Vorpommern)

August 1992

- 06.08. Arbeitskreis "Frauen", Frankfurt
13.08. Arbeitskreis "Frauen und Arbeit", Frankfurt
14.08.-16.08. Fachtagung in Arnoldsheim
22.08.-23.08. Kanu-Wochenende für Mädchen
29.08. AG Sozialhilfe, Darmstadt

September 1992

- 17.09. AG Jugend
18.09.-20.09. 1. Frauenregionaltagung, Familienbildungsstätte Oberreifenberg
25.09.-27.09. Wochenendtagung der hessischen Sozialhilfeinitiativen, Mauloff
26.09. Fachtagung "Vogelfrei? - Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse im Zeichen des Europäischen Binnenmarkts", Frankfurt